

Fremd sind immer die anderen

Die neue EKD-Handreichung zu Christen und Muslimen setzt mehr auf Abgrenzung statt auf Dialog: der Titel verspricht etwas, das der Inhalt nicht hält.

von Andreas Goetze

Die Handreichung des Rates der EKD „Klarheit und gute Nachbarschaft. Christen und Muslime in Deutschland“ möchte „zur Orientierung dienen“ und versteht sich als „ein Beitrag zum Gespräch mit Muslimen in Deutschland“. Hilfreich sind dabei die vorgestellten zehn Kriterien für einen Dialog zwischen Christen und Muslimen (S.112f). Gelingen kann ein Dialog nach Überzeugung der Handreichung nur, wenn der jeweilige Dialogpartner Kenntnisse über den anderen hat, sich in Respekt und Einfühlungsvermögen übt, eine Balance hält zwischen der Suche nach Gemeinsamkeiten und dem Festhalten von Unterschieden und Kritik und Selbstkritik übt. „Es sollte nicht die eigene ‚bessere‘ Theorie mit der ‚schlechten‘ Praxis des anderen verglichen werden“, „um dem Partner auf gleicher Augenhöhe zu begegnen“.

Die Feststellung, dass „der Islam eine Weltreligion ist, die aus einer großen Vielfalt von Richtungen und Gruppierungen besteht, die Forderung nach einem eigenständigen islamischen Religionsunterricht an Schulen, der Verweis, dass die grundgesetzlich verankerte Religionsfreiheit den Bau von Moscheen ermöglicht: die Handreichung enthält viele wichtige und begrüßenswerte Aussagen.

Wer aber verstehen will, wie sehr sich der Blick der EKD auf ihre muslimischen Nachbarn insgesamt verändert hat, muss nur die zu diesem Thema im Jahre 2000 erschienene Handreichung mit der jetzigen vergleichen. Werden im Jahr 2000 die Gemeinsamkeiten in einem offenen Dialog dargestellt und die Unterschiede in diesen Kontext eingeordnet, betont man im Jahr 2006 vor allem die Probleme und setzt auf Abgrenzung. Mit dieser Grundhaltung kommt es zu einer die ganze Handreichung durchziehenden Gegenüberstellung von Christen und Muslimen, von so genannter „westlicher Welt“ und „islamischer Welt“.

Faktisch ist ein ungeschichtliches dogmatisches Vorverständnis des Islam leitend. (insbesondere bei Fragen von Religion und Politik und der Geschlechterrollen), ohne weder die breit gefächerte Pluralität der frühislamischen Gesellschaft noch die vielfältige geschichtliche Wirklichkeit der islamischen Welten heute darzustellen. Nicht nur, dass die Handreichung dem innerislamischen Diskurs nicht gerecht wird: sie fördert durch ihre scheinbare Klarheit stereotype Feindbilder und Vorurteile, als gäbe es keine Alternative zu der dogmatischen Sicht. Die mehrheitlich in Deutschland integrierten Muslime und die Reformkräfte werden so stumm gehalten und isoliert und geraten weiter unter Rechtfertigungsdruck, als ob ihr Islamverständnis „unislamisch“ sei. Die so dargestellte Eindeutigkeit in Bezug auf den Islam fördert zudem im innerwestlichen Diskurs, verstärkt noch durch den medial vermittelten Islamismus, die These vom „Kampf der Kulturen“. Dies trägt dazu bei, extremistische Positionen im „Freund-Feind-Denken“ zu stabilisieren und fördert Ausgrenzung und eben keine gute Nachbarschaft.

Unterschwellig sind die Vorurteile formuliert. Ein Beispiel (S.23): „Die evangelische Kirche wäre es willkommen, wenn der Islam als Religion ... in Deutschland als humanisierende Kraft in dieser Gesellschaft wirksam würde“. Der Konjunktiv verrät: die Muslime tragen nach Ansicht des Rates der EKD nicht dazu bei, ein friedliches Zusammenleben in Deutschland zu fördern. Angesichts der durch die zahlreichen muslimischen Vereine unter den Gastarbeitern seit den 70er Jahren geleistete soziale, wirtschaftliche und kulturelle Integrationsarbeit eine nur schwer nachvollziehbare Grundhaltung. Nichts ist in der Handreichung zu lesen z.B. über den Aufstieg vieler jüngerer Musliminnen und Muslime in die Bildungs- und Mittelschicht oder dass immer mehr Moscheen einen zumeist ehrenamtlichen Beauftragten für den interreligiösen Dialog haben.

Besonders misslich ist die einfache Gegenüberstellung von so genannter „westlicher Welt“ und „islamischer Welt“ deshalb, weil die Trennungslinie keineswegs zwischen Christen und Muslimen verläuft, sondern quer durch alle Kulturen zwischen extremistischen, einseitigen Positionen und selbstkritisch-offenen. Ein Blick auf die Geschichte des Christentums möge uns vor Einseitigkeit bewahren: Die Menschenrechte sind gegen die etablierten Kirchen durchgesetzt worden und damit keineswegs „ein christliches Gut“. So haben neben

einigen islamischen Staaten weder die USA noch der Vatikan die UNO-Menschenrechtserklärung gegen die Diskriminierung der Frau unterzeichnet.

Stets sind in der Handreichung allein die Muslime aufgefordert, ihr Verhältnis zu Demokratie, Gewalt und Menschenrechten zu klären. Richtig ist: viele Muslime machen sich wenig Gedanken über die gelebte Religion, bieten im Dialog unkritisch dogmatische Aussagen (z.B.: „Der Islam ist gerecht“) und unterschätzen so die Macht der Widersprüche, in die sie sich im Alltag verstricken.

Dies allerdings als Mangel allein (!) den Muslimen ins Stammbuch zu schreiben, ist außerordentlich problematisch. Ohne Zweifel gibt es Strömungen im Islam – weltweit wie in Deutschland -, die Widerspruch herausfordern und zur Wachsamkeit nötigen. Aber den Text durchzieht ein grundsätzlicher Ton des Misstrauens. Statt zu differenzieren, wird pauschalisiert. Dadurch repräsentiert sich die Handreichung vielmehr als Sprecherin einer (christlichen) Mehrheitskultur, die sich als kulturell überlegen aufspielt und als Belehrende auftritt. Die Betonung des Trennenden hat für die Minderheit einer Gesellschaft etwas Bedrohliches angesichts des politischen Klimas mit gut 60% fremdenfeindlicher Einstellungen. In diesem Zusammenhang die Notwendigkeit von Mission zu betonen, weil die Muslime „von der Wahrheit nicht berührt seien“ (S. 16), kann angesichts von christlicher Kolonialisierung und weltweiter westlicher Dominanz nicht als Beitrag zu einem „Dialog auf Augenhöhe“ verstanden werden. Dass solche Formulierungen auf muslimischer Seite Irritationen und Ängste auslösen, kann nicht verwundern – auch deshalb nicht, weil die Handreichung ihr Missionsverständnis nicht klarstellt.

Die Aufgabe aller Religionen im 21. Jahrhundert ist es, sich an der Überwindung gewaltförmiger Auseinandersetzungen durch die Förderung ziviler Konfliktregelungen zu beteiligen. Nicht nur im Islam, sondern auch im Christentum erleben wir zurzeit eine neue militante Verlebendigung: man denke nur an die Aggressivität der religiös geprägten US-Politik, der US-Kreationisten und Abtreibungsgegner.

Ein auf gegenseitigen Respekt angelegter Dialog würde die Muslime als religiöse, gläubige Menschen ernst nehmen und auch die Christen dafür gewinnen, dass sie in Ehrfurcht vor dem Glauben des und der anderen ihres eigenen Glaubens gewiss werden – so wie es die Handreichung aus dem Jahre 2000 durchgängig tat. Das damals statt eines Nachwortes abgedruckte Wort Karl Barths hätte sich die neue Handreichung als geistige Grundhaltung vorher zu eigen machen sollen: „Es beginnt der Dialog erst dann, wenn ... man einander ... gegenseitig Beistand leistet. Beistand heißt: aktives Stehen beim Anderen, ... mit dem eigenen Sein und Handeln zugleich an der Frage, der Sorge, der Last, der Bedrängnis des seinigem teilnehmen, mit seinem eigenen Leben zugleich die Bemühung um das Leben des Anderen ... auf sich nehmen“.

Andreas Goetze, für den Sprecherkreis des Islam-Arbeitskreises im Zentrum Ökumene der EKHN